

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Karin Zauner-Lohmeyer

Sprecherin der Europäischen Bürgerinitiative „Housing for All“

Pressekonferenz zur Bürgerinitiative

„Wohnen für alle/Housing for all“

am 09. April 2019 in Berlin

Mit dem Menschenrecht auf Wohnen wird heute in ganz Europa in einem unfassbaren Ausmaß spekuliert: Wohnen ist in vielen Städten viel zu teuer und es mangelt massiv an bezahlbarem Wohnraum. Man kann sagen: Europa befindet sich in einer tiefen Wohnungskrise.

Breite Schichten der Bevölkerung können sich das Wohnen in Europas Städten nicht mehr leisten. Rund 53 Millionen Europäerinnen und Europäer¹ (10,4 Prozent) sind laut EUROSTAT (2017) von Wohnkosten² überbelastet³. Sie bezahlen mehr als 40 Prozent des Einkommens für das Wohnen. In Deutschland sind das 14,5 Prozent oder 11,965 Millionen Menschen, deutlich mehr als Österreich Einwohnerinnen und Einwohner hat.

Viele Menschen werden durch die hohen Wohnkosten aus den Städten verdrängt und müssen wesentlich längere Anfahrtsstrecken zum Arbeitsplatz oder zum Studium in Kauf nehmen. Mittlerweile fehlen in den Städten bestimmte Berufsgruppen, wie BusfahrerInnen, Krankenpflegepersonal, Feuerwehrleute, Reinigungskräfte, Polizeibeamtinnen und -beamte etc. Unternehmen bauen wieder Dienstwohnungen, weil sie ansonsten – aufgrund der hohen Wohnkosten – kein Personal finden würden.

Wohnen ist ein so wichtiges und zentrales Grundbedürfnis in unser aller Leben, dass es alle Generationen betrifft. Ich kenne so viele Eltern und Großeltern, die sich fragen: Werden meine Kinder, werden die Enkelkinder einmal eine bezahlbare Wohnung finden? Menschen, die vor ihrem Ruhestand stehen, haben große Angst, dass sie sich mit ihrer Pension später einmal ihre Wohnung nicht mehr leisten können.

Zudem steigt die Zahl der obdachlosen Menschen in ganz Europa rasant an. In Spanien werden durchschnittlich pro Tag 150 Haushalte delogiert. Rund 2 Millionen Menschen leben auf der Straße, mehr als Wien Einwohner hat. In Deutschland sind heute rund 860.000 Menschen obdachlos, in Österreich rund 15.000 Menschen.

Warum steckt Europa in der Wohnungskrise?

- 1.) Es wird viel zu wenig in bezahlbares Wohnen investiert. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sind die Investitionen in bezahlbares und soziales Wohnen um die Hälfte zurückgegangen. Die EU-Kommission hat im Rahmen der EU-Task-Force für soziale Infrastruktur die Investitionslücke mit 57 Milliarden Euro pro Jahr beziffert.
- 2.) Großinvestoren spekulieren auf hohe Renditen und kaufen ganze Stadtteile auf. Dazu kommt, dass Immobilien als derzeit sicherste Anlageform auch für kleinere Vermögen gelten. Diese beiden Faktoren verstärken die Wohnungsnot und lassen die Boden- und Immobilienpreise explodieren.

Fakt ist: der ungezügelter Kapitalmarkt wird niemals breite Schichten der Bevölkerung mit leistbarem Wohnraum versorgen. Hier muss die nationale Politik eingreifen und die EU bessere Voraussetzungen schaffen.

¹ <https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tespm140&plugin=1>

² Wohnkosten: Nach EU-Skala äquivalisierte Kosten pro Jahr für alle Rechtsverhältnisse für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung von Wohnraum, Heizung, Energie, Instandhaltung.
https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/7/CH3434/CMS1526286650148/tabellenband_eusilc_2017_20180426.pdf
(Seite 18, EU SILC 2017, Glossar)

³ Eurostat: <https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tespm140>

Seite 3 von 3

Um die Situation zu verbessern, habe ich die Europäische Bürgerinitiative „Housing for All“ ins Leben gerufen. Eine Europäische Bürgerinitiative ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Mitgliedsländern, sich zu einem Thema, das ihnen am Herzen liegt, zusammenzuschließen, um Einfluss auf die Politikgestaltung der EU zu nehmen. Um eine Initiative zu starten, braucht es 7 EU-Bürgerinnen und Bürger, die in mindestens 7 unterschiedlichen Mitgliedsländern leben und das Wahlalter erreicht haben. Diese BürgerInnen bilden den Bürgerausschuss. Die Mitglieder des Bürgerausschusses für „Housing for All“ kommen aus Österreich, Spanien, Deutschland, Schweden, Zypern, Portugal und Kroatien.

Werden innerhalb eines Jahres mehr als eine Million Unterschriften in ganz Europa gesammelt und in sieben Staaten eine festgelegte Mindestanzahl an Unterstützungserklärungen erreicht, dann müssen die Anliegen sowohl von der EU-Kommission als auch vom Europäischen Parlament angehört und behandelt werden. Diese Mindestanzahl an Unterschriften liegt in Deutschland bei 72.000.

Unterschrieben werden kann die Initiative bis zum 18.3.2020 online unter: **housingforall.eu** und auf Unterschriftenlisten, die bei allen Partnerorganisationen vorliegen.

Das Politikfeld Wohnen liegt in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten, dennoch gibt es wesentliche Rahmenbedingungen, die auf EU-Ebene gestaltet werden, etwa die Maastricht-Kriterien und das Beihilfenrecht. Dadurch werden die Städte und Kommunen stark beschränkt, wenn sie in sozialen und leistbaren Wohnraum investieren wollen.

Wir fordern daher von den EU-Gesetzgebern bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für mehr bezahlbares und soziales Wohnen. Unsere fünf Forderungen lauten:

- 1.) Erleichterung des Zugangs für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau
- 2.) Keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in bezahlbaren und sozialen Wohnbau
- 3.) Besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger
- 4.) Soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen über Online-Plattformen
- 5.) Kleinräumige statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa

Rückfragehinweis:

Karin Zauner-Lohmeyer
Sprecherin der Europäischen Bürgerinitiative „Housing for All“
0043 664 88 75 75 19
karin.zauner@housingforall.eu